

# POLEN Die schwierige Freundschaft mit der DDR

sowie Solidarnosc und das Ende der sozialistischen Ära

Teil I - Solidarnosc 1980 -1989

Seite 54- 60 gekürzt

„Gomulkas großer außenpolitischer Triumph, die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages am 7. Dezember 1970, in dem Gewaltverzicht erklärt wurde und die Bundesrepublik die polnische Westgrenze akzeptierte, bewies ein Stück politischer Eigenständigkeit. Die DDR hatte ein solches Abkommen mit Polen bereits 1950 geschlossen. Eine gewisse Normalisierung trat ein, als Deutschstämmige in die BRD übersiedeln durften.

Kurz nach der Vertragsunterzeichnung verkündete Gomulka eine drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise, die die Massen auf die Strassen trieb. Schnell breiteten sich Unruhen im ganzen Land aus, bei denen bald unabhängige Gewerkschaften und Pressefreiheit verlangt wurden. Zentrum der Proteste war Danzig. Erbarmungslos ließ Gomulka die Aufstände im Dezember 1970 niederschlagen, mindestens 45 Tote waren zu beklagen.

Die Ablösung Gomulka von der Parteiführung und die Rücknahme der Preiserhöhungen nahmen den Druck aus den Protesten. Gomulkas Nachfolger Edward Gierek, der als nüchterner Technokrat galt, entmachtete die nationalistische Gruppe um Innenminister Moczar. Er versuchte, der gewaltigen wirtschaftlichen Probleme Herr zu werden. Höhere Auslandskredite sollten Konsumgüter ins Land bringen und die Industrialisierung ankurbeln. Endlich waren die Läden halbwegs gefüllt, und Ruhe kehrte ein. Doch der vermeintliche Boom führte in die Sackgasse, er war ein Aufschwung auf Pump.

Um die drückenden Finanzprobleme einzudämmen und die aberwitzig hohe Subventionierung der Grundnahrungsmittel abzubauen, versuchte Gierek 1976 die Lebensmittelpreise erneut zu erhöhen, was prompt Streiks und Unruhen führte, die wiederum mit harter Hand niedergeschlagen wurden. In der Folge der Dezemberunruhen, wurde das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) gegründet, das gegen derartige Verletzungen der Verfassungsnorm protestierte.

Inzwischen war die wirtschaftliche Katastrophe unübersehbar, und Polen hing auf Gedeih und Verderb am Tropf des Westens, die Zahlungsfähigkeit konnte nur mit weiteren Krediten aufrecht erhalten werden. Gierek versuchte im Sommer 1980 noch einmal, die Subventionsausgaben, die mittlerweile 40% der Staatseinnahmen verschlangen, durch eine Anhebung der Lebensmittelpreise um 100 % zu verringern.

Es kam zu punktuellen Arbeitsniederlegungen. Als die Danziger Leninwerft die Kranführerin entließ, die dem KOR –dem Gründungskomitee unabhängiger Gewerkschaften angehörte und weil ihr Einsatz für die Rechte der Arbeiter sehr angesehen war, weiteten sich die Unruhen aus. Nicht nur um die Wiedereinstellung der Kranführerin wurde gestreikt, sondern auch wegen der Preiserhöhungen und um eine Liberalisierung des Systems. Zentrum der Aktionen war die Leninwerft, wo der Elektriker Lech Walesa das überbetriebliche Streikkomitee führte. Walesa wurde beauftragt, mit der Regierung über die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Gewährung des Streikrechts, die Gründung einer freien Gewerkschaft, den Zugang zu den Medien unter Aufhebung der Zensur und die Abschaffung der Privilegien korrupter Parteifunktionäre zu verhandeln.

Walesa und seine Mitstreiter hatten aus den blutigen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre gelernt. Sie betonten, nicht die sozialistische Republik in Frage zu stellen, und man ging nicht auf die Strasse, sondern besetzte das Werftgelände. Die Staatsführung versuchte mit einem erprobten Mittel gegenzusteuern. Das volle Ausmaß der Wirtschaftskrise trat nun erst richtig zu Tage. Nach der chaotischen Zeit mit immer wieder einsetzenden Streikwellen war die Lage desolat und der Staat instabil. Der Mordanschlag auf den Papst und der Tod des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, im Jahr 1981 trugen zur wachsenden politischen Unsicherheit ebenso bei wie Warnungen der sowjetischen Regierung, die Polen keinesfalls aus ihrem Hegemonialbereich entlassen wollte. Die Gerüchteküche brodelte, von Interventionsabsichten der Sowjetunion war die Rede. Überall hörte man die wildesten Geschichten, von bereits in den polnischen Wäldern versteckten sowjetischen Truppen und ähnlichen Militäraktivitäten. Bekannte erzählen von Rotarmisten, die verprügelt worden wären, und von Güterzügen voller Lebensmittel, die in Masuren kurz vor der sowjetischen Grenze von erbosten Polen auf den Gleisen festgeschweißt worden seien.“

„Im Oktober wurde der bisherige Ministerpräsident und Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski zum neuen Ersten Sekretär des Zentralkomitees der PZPR bestimmt. Es war die Bankrotterklärung der Partei, als Jaruzelski im Dezember 1981 einen „Militärrat der Nationalen Rettung“ (WRON) bildete, der am 13. Dezember das Kriegsrecht verhängte. Die Solidarnosc wurde verboten, und mehr als 10 000 Gewerkschafter und Oppositionelle eingesperrt, unzählige Sympathisanten aus staatlichen Betrieben entlassen. Eine scharfe Zensur wurde eingeführt und nächtliches Ausgangsverbot verhängt, die Grenzen Polens abgeriegelt. Gleichzeitig erhöhte Jaruzelski die Lebensmittelpreise drastisch. Der Riss ging quer durch die Gesellschaft, denn auch viele Soldaten und Milizangehörige waren Oppositions-Sympathisanten. Nichts hatte sich in Polen verbessert, als das Kriegsrecht am 22. Juli 1983 endete und der Militärrat aufgelöst wurde. Über 13 000 Internierte wies die Bilanz aus, etwa 25 Tote sowie mehr als zehn unaufgeklärte politische Morde und fast 800 000 Polen, die ins Exil gegangen waren. Als besonders schmerzlich für die Republik erwies sich, dass sich unter den Emigranten die Elite der Hochqualifizierten befand. Auch der zweite Papstbesuch 1983 konnte die Anpassung, die über dem Land lag, nicht mildern. Die Verschuldung war gigantisch, die Löhne sanken, die staatliche Produktion stand am Rande des Zusammenbruchs. Die Läden waren leer, die Lebensmittel rationiert.

Vieles kann und muss man Jaruzelski vorwerfen. Aber letztendlich hatte er doch die Zeichen der Zeit erkannt. Er versuchte den Staat zu stabilisieren, das System zu reformieren, indem er vorsichtig mit Schritte in Richtung Verständigung ging. Der X. Parteitag der PZPR 1986 sollte die sozialistische Erneuerung beschließen und mit einer Amnestie eine Art Versöhnung von Volk und System beschwören. Zentral für diesen langen Prozess war die Tatsache, dass der mächtige Mann in Moskau inzwischen Michael Gorbatschow hieß, dessen Ermutigung zu Glasnost und Perestroika auch für Polen eine Rückkehr zu alten Geflogenheiten unmöglich machte.

Unter dem Druck der Verhältnisse kam auch Jaruzelski zu der Erkenntnis, dass die Partei nicht mehr gegen das polnische Volk regieren konnte, und er akzeptierte einen Beginn der Machtteilung. Jaruzelski stimmte Gesprächen am Runden Tisch zu und begann den Dialog mit der Opposition. Im Ergebnis wurde die Solidarnosc am 5. April 1989 wieder zugelassen und mit ihr der gewerkschaftliche Pluralismus eingeführt, auch erste Demokratisierungen der politischen Institutionen beschloss der Runde Tisch, vor allem aber die ersten teildemokratischen Wahlen.“

#### Die schwierige Freundschaft mit der DDR

Seite 103-113, 114/5 Auszug

„Die Demokratie wird in Deutschland nur dann lebensfähig sein, wenn das deutsche Volk den Lebensraum behält, den es seiner Größe nach zu beanspruchen hat. In einem um ein Drittel verkleinerten Haus kann ein 65-Millionen Volk nicht leben. Die Grenze kann dafür auch nicht die Oder-Neiße-Grenze sein. Um ein so großes Volk zu ernähren, benötigt man einen ausreichenden Landbesitz oder eine Industriekapazität, die uns in die Lage versetzt, durch Export unserer Erzeugnisse und den Import von Lebensmitteln die Ernährung sicherzustellen.“ Dies ist ein Zitat von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl. Er sprach sie am 11. November 1945, auf einer Kundgebung zum Jahrestag der Novemberrevolution. Die SED stellte noch auf ihren Vereinigungsparteitag im April 1946 die Oder-Neiße-Grenze in Frage, die Grenzziehung sei nicht endgültig, das würde erst ein Friedensvertrag regeln, lautete die Position.

Wie wenig die Sozialisten mit der Westverschiebung Polens einverstanden waren, zeigte sich an Stettin (Szczecin), das im Gegensatz zu anderen Gebieten nicht sofort von der Sowjetunion an die polnische Verwaltung übergeben wurde und noch lange zum Postleitgebiet der Sowjetischen Besatzungszone zählte. Bis zum Spätsommer 1945 hatte Stettin eine sowjetische Hafenverwaltung, selbst das Swinemünder Krankenhaus blieb zunächst unter sowjetischer Kontrolle. Monatelang weigerte sich die deutsche Satdtverwaltung, die Hafenstadt an Polen zu übergeben, Bürgermeister Erich Wiesner sprach verbittert von einem unverständlichen Beschluss, als er Swinemünde (Swinoujście) am 5. Juli 1945 den Nachbarn überlassen wurde.

Die SED hatte zu laviere in jener Zeit, auch das Zentralkomitee sprach im August 1946 nicht von Gebietsabtrennungen, sondern formulierte ähnlich wie der Westen, die Verwaltung deutscher Regionen sei nur bis zu einer Friedensregelung an Polen übertragen worden. Die politische Führung manövrierte zwischen den Interessen der Sowjetunion, den Argusaugen des Zensors Oberst Sergej Tulpanow und den Nöten der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Von den über 10 Millionen Umsiedlern hatte die Sowjetische Besatzungszone mit fast 4,5 Millionen Umsiedlern die größte Zahl aller Besatzungszonen aufnehmen müssen. Flüchtlinge und Vertriebene stellten 1950 gut ein Viertel der Bevölkerung.“

„So konnte die Haltung zur Grenzfrage nur behutsam und allmählich den herrschenden Machtverhältnissen angepasst werden. Sie wurde auch innerhalb der SED kontrovers diskutiert, schwankend zwischen Linientreue der Sowjetunion gegenüber und der selbstbewussten Vertretung nationaler Interessen. Spätestens als Otto Grotewohl auf dem 2. Deutschen Volkskongress am 17. März 1948 die Ostgrenze anerkannte und auf die Bedeutung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Polen mit fruchtbarer wirtschaftlicher Zusammenarbeit hinwies, war klar, dass es keine Alternative mehr gab. Angesichts des beginnenden Kalten Krieges hatte die Sowjetunion einer SED-Delegation unter Präsident Wilhelm Pieck Ende Januar 1948 unmissverständlich klar gemacht, dass der Grenzverlauf zu Polen endgültig sei. Die Berlin-Krise von 1948 zwang die junge DDR in das sich abzeichnende Blocksystem, weil ihre Existenz ausschließlich auf dem Schutz der Sowjetunion beruhte.

Die deutsche politische Führung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bejubelte die Westgrenze Polens keineswegs als Friedensgrenze, wie im Westen später immer wieder kolportiert wurde. Im Gegenteil, vor allem Funktionäre, die selbst aus den Ostgebieten stammten, hatten Mühe, die eigene Verbitterung zu verbergen.

Seit der Gründung der DDR 1949 blieben die macht- und geopolitischen Grundlagen in den Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen bis 1989 im Wesentlichen gleich. Beide waren vier Jahrzehnte lang mehr oder minder eng an die sowjetische Hegemonialmacht gebunden, die direkt Einfluss sowohl auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik beider Länder nahm.

Polen hatte nun eine Westgrenze, deren Bestand auf Gedeih und Verderb auf die Garantie der Sowjetunion angewiesen war, die DDR wirkte als Puffer gegen „revisionistische Tendenzen“ in der ebenfalls 1949 gegründeten Bundesrepublik.

Als Frontstaat des Ostblocks war die DDR stets bemüht, die eigene schwierige Existenz abzusichern und sich als Staat gegenüber der Bundesrepublik zu profilieren, aber auch einen Platz in der sozialistischen Staatengemeinschaft zu finden. Am liebsten den als Musterschüler und Juniorpartner der Sowjetunion.

Dazu gewährte die Sowjetunion eine Art Generalabsolution. Die DDR durfte sich auf eine antifaschistische Tradition berufen, moralisch war die Bundesrepublik für die Gräueltaten der Nazizeit zuständig, die ja auch an der Forderung eines Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 festhielt. Neben immensen Reparationszahlungen war die Anerkennung, der Oder-Neiße-Grenze der Preis für diese Absolution, das musste die DDR-Führung spätestens 1949 akzeptieren. Sie wurde klar als Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten genannt, an denen die Volksrepublik Polen durchaus interessiert war. Wichtig für Polens Sicherheitsinteressen wurde die DDR-Politik der Bundesrepublik gegenüber, deren Revisionsstreben Gefahr verhielt. Polen erkannte die DDR am 18. Oktober 1949 an, Ende Februar 1950 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen, als die Verhandlungen über den Grenzvertrag bereits weit gediehen waren. Zwei Staaten mit ähnlichen Grundsätzen verhandelten nun miteinander.

Am 6. Juli 1950 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz in Görlitz das Abkommen, in dem die DDR die Oder-Neiße-Grenze für ganz Deutschland anerkannte.

Von jetzt an wurde auch das Problem Flucht und Vertreibung totgeschwiegen, es gab nur noch „Umsiedler“. In der DDR war man offenbar der Meinung, die Anfangs nur widerwillig akzeptierte polnische Westgrenze und die Reparationszahlungen an Polen würden genügen, das Verhältnis zu bereinigen. Peter Florin, stellvertretender Außenminister der DDR, erinnerte sich: „Nicht alle DDR-Bürger begrüßten den Görlitzer Vertrag mit Freude. Doch die in der DDR herrschenden politischen Kräfte trafen die Entscheidung, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Seine Unterzeichnung zu diesem Zeitpunkt erforderte Mut.

Es war schon vor der Unterzeichnung notwendig, die DDR-Bevölkerung darauf vorzubereiten, dass freundschaftliche Beziehungen zum sozialistischen Bruderland Polen wünschenswert und nötig seien. In Berlin wurde bereits 1948 die „Helmut-von Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem neuen Polen“ gegründet. Viele ehemalige Einwohner der Ostgebiete suchten über diese Gesellschaft Begegnungen in der alten Heimat, vor allem in Schlesien. Meist blieben diese Versuche aber enttäuschend, denn jenseits der Oder lebten nach dem erzwungenen Bevölkerungsaustausch nun Menschen, die mit der Region nicht verwachsen waren, es gab keine gemeinsame Geschichte.“

„In dieser Phase der bilateralen Beziehungen wurden zunächst weitere vertragliche Grundlagen für die Gestaltung der Verbindungen geschaffen, der Warenaustausch kam in Gang, was wichtig für die DDR war, die von Kohle-

und Rohstofflieferungen Polens abhängig blieb. 40 000 deutsche Kriegsgefangene wurden aus den polnischen Kohlegruben in die DDR entlassen. 1950 reiste Wilhelm Pieck nahe Polen, und 1951 kam Boleslaw Bierut zum Gegenbesuch in die DDR. Ansonsten beschränkte sich die offiziellen Kontakte allerdings auf ein Minimum, die Grenze an der oder blieb schwer bewacht und kaum zu überwinden.

Nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 verzichtete Polen zum 1. Januar 1954 auf weitere DDR-Reparationszahlungen. Damit sollte dem sozialistischen Bruderland die innere Stabilisierung erleichtert werden. Aber auch den Protesten gegen die polnische Westgrenze, die während des Aufstandes in Görlitz und anderen Städten laut geworden waren, hoffte man den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Zu einer wirklichen Verständigung zu kommen, war für die Nachbarn kaum möglich, denn da sich die DDR der moralischen Verantwortung für die Verbrechen des Nazireiches entzog, blieb die belastete gemeinsame Geschichte ein Tabu. Man bildete eine Zwangsgemeinschaft im Ostblock, verbunden durch die bedingungslose Loyalität zur Sowjetunion, zu der es für beide Staaten keine Alternative gab.

Als die Sowjetunion 1955 die Souveränität der DDR anerkannte, war diese bereits auf dem Weg zum gleichberechtigten Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und im Warschauer Pakt geworden, dem Status nach war sie Polen nun gleichgestellt.

Für Polen war die DDR zum Pufferstaat geworden, der die eigene Westgrenze sicherte, solange kein entsprechendes Abkommen auch mit der BRD bestand. Andererseits brauchte die DDR auch Polen als Helfer gegen die politische Isolation angesichts der Hallsteindoktrin von 1955, die den alleinigen Anspruch der Bundesrepublik verkündete, Deutschland völkerrechtlich zu vertreten. Dieser Grundsatz schloss diplomatische Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkannt hatten, aus. Der polnische Oktober 1956 und die Arbeiterunruhen wurden in der DDR mit großer Sorge beobachtet. Obendrein spülte in Polen nicht zuletzt Volkes Zorn Gomulka aus dem Gefängnis direkt an die Führungsspitze. Der Reformkurs in Gomulkas ersten Jahren wurde in Ost-Berlin mit ähnlichem Argwohn betrachtet wie die Entstalinisierung in den anderen Ostblockländern. Die DDR zweifelte an Polens Linientreue und stufte die Ereignisse als Konterrevolution ein. Hinzu kam eine tiefe persönliche Abneigung zwischen Wladyslaw Gomulka und Walter Ulbricht, dem SED-Parteichef. Wann immer möglich war, schickte Gomulka in Vertretung seinen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz. Ulbricht war besonders Gomulkas Versuch eines eigenständigen polnischen Weges zum Sozialismus und einer Liberalisierung im Lande zutiefst suspekt.

Die in der DDR latent vorhandenen antipolnischen Ressentiments wurden systematisch geschürt und 1956 Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Intervention der Sowjetunion in Polen in Umlauf gebracht. Auch zu möglichen Verschiebungen der polnischen Westgrenze gab es Gerede. Unweigerlich kamen solche Gerüchte in Warschau als Drohgebärden an. Doch weder ließ sich Gomulka erschüttern, noch wurde er gestürzt, auch nicht von Moskau, und die DDR war letztlich zur Zusammenarbeit gezwungen. Erst Ende 1957 kam es zu erneuten Verständigungsversuchen, als die Ereignisse des Vorjahres langsam verblassten und Gomulkas Reformeifer abnahm. Anlass waren nicht zuletzt wirtschaftliche Engpässe in der DDR. Man kam zu pragmatischen Absprachen und erreichte eine gemeinsame Haltung in der Bewertung der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik. Die DDR unterstützte 1957 den polnischen Rapacki-Plan für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa, Polen trug im Gegenzug die DDR-Positionen rund um den Mauerbau vom 13. August 1961 mit.

Die Annäherung manifestierte sich im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand vom 15. März 1967. Für die DDR bedeutete dieses Abkommen eine Stärkung der Position innerhalb des sozialistischen Lagers. Polen erhoffte sich in erster Linie eine Ausweitung der Wirtschaftskooperationen, doch forcierte die DDR vorrangig Projekte, bei denen sie von polnischen Zulieferungen profitieren konnte. Die enttäuschten Polen wiederum weigerten sich, zum reinen Rohstofflieferanten degradiert zu werden. Diese neuerlichen Differenzen wurden durch die persönlichen Animositäten zwischen Gomulka und Ulbricht nicht geringer. Bei einer Begegnung in Moskau am 8. November 1968 kam es zum Eklat zwischen den beiden Kontrahenten, als Ulbricht einen bereits durch die stellvertretenden Ministerpräsidenten ausgehandelten Kooperationsvertrag nicht unterzeichnete. Das zerrüttete Verhältnis ließ auch eine polnische Initiative des Jahres 1969 scheitern, mit der Polen eine wirtschaftliche Kooperation zwischen CSSR, Polen und DDR mitsamt frei konvertierbarer Währung einführen wollte. Obwohl die Sowjetunion nicht dagegen war, lehnte die DDR den Vorschlag rundweg ab, weil sie ganz auf den innerdeutschen Handel mit der BRD setzte und aus Polen allenfalls Rohstoffe benötigte. Gomulkas Retourkutsche folgte nur einen Monat später im Mai 1969, als er der Bundesrepublik ohne vorherige Konsultationen mit Moskau und Ost-Berlin Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen anbot, was die DDR-Führung zu heftiger Kritik veranlasste.“

„Als dann im Herbst des Jahres Verhandlungen der Bundesrepublik mit Polen und der Sowjetunion begannen, fühlte sich die DDR an den Rand gedrängt, und Ulbricht besann sich seines Jokers: der polnischen Westgrenze. Er unterbreitete seinerseits der Bundesrepublik ein Gesprächsangebot und posaunte die wesentlichen Inhalte effektiv in Warschau aus: Die DDR schlug der Bundesrepublik eine nur auf zehn Jahre befristete Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor. Der Schuss ging nach hinten los, doch nicht wegen der polnischen Protestnote oder der Ablehnung seitens der Bundesrepublik. Ulbricht drängte auf diese Weise Gomulka regelrecht in die Arme der Bonner Regierung Brandt, die Verhandlungen zur Anerkennung der polnischen Westgrenze zustimmte.

Zwischen Polen und der DDR herrschte Eiszeit, da konnte nicht einmal die Sowjetunion vermitteln. Bei einem Treffen im Dezember 1969 in Moskau brüllte Ulbricht Gomulka an: „Auch wenn ihr euch anstrengt, ihr werdet erst in zehn Jahren soweit sein, wie wir“, berichtete später der Sekretär des ZK der SED für Internationale Verbindungen Hermann Axen als damaliger Ohrenzeuge.

Es gelang Gomulka, die Abhängigkeit von der DDR in der Grenzfrage zu lösen, indem er im Dezember 1970 mit Willy Brandt den Warschauer Vertrag unterzeichnete. Schon im August des Jahres hatten Verhandlungen zwischen Moskau und Bonn zu einem Gewaltverzichtabkommen geführt, so dass die DDR isoliert war. Nur drei Wochen später wurde Gomulka wegen der Unruhen im Lande von Edward Gierek abgelöst. Auch in der DDR gab es seit Mai 1971 mit Erich Honecker einen neuen Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED. Ulbricht waren nicht zuletzt auch die katastrophalen Beziehungen zu Polen und sein arrogantes Verhalten den Nachbarn gegenüber angelastet worden. Gierek und Honecker gelang es schnell, das Verhältnis vor dem Hintergrund der beginnenden Ost-West-Entspannung zu entkrampfen und ohne persönliche Anfeindungen zu versachlichen. Man wollte nun auch daran gehen, die gesellschaftlichen Begegnungen zu intensivieren.

Ein im ganzen Ostblock einmaliges Experiment war die Öffnung der Oder-Neiße-Grenze zum 1. Januar 1972. Von diesem Tag an konnten Bürger beider Länder die Grenze visafrei nur mit dem Personalausweis passieren. Den DDR-Bürgern sollte so wenigstens Reisefreiheit nach Osten eröffnet werden. Schnell wurde Polen das bevorzugte Urlaubsland der DDR-Bürger. Ferner kamen nun Tausende polnischer Vertragsarbeiter in die DDR, und im Laufe der Jahre wurden sogar 10 000 deutsch-polnischen Ehen geschlossen. Gesellschaftliche Kontakte über die Freundschaftsgrenze hinweg blieben aber Randerscheinungen. Eine wichtige Rolle spielten die Aktion Sühnezeichen/Ost (ASZ/O) und die beiden großen Kirchen der DDR. Basierend auf dem christlichen Friedensauftrag versuchten diese Gruppen, deren Name sich an eine Zeitschrift anlehnte, und zu den Klubs der katholischen Intelligenz (KIK). Intellektuelle Debatten prägten die Begegnungen und bildeten auch für oppositionelle Regungen in der DDR die Basis. Im Laufe der Jahrzehnte durchliefen einige Tausend vor allem junge DDR-Bürger die Veranstaltungen der ASZ/O sowie die Magdeburger Polen-Seminare. Personen wie Wolfgang Templin, Ludwig Mehlhorn und Günter Särchen waren hier prägend. Ihre Polenreisen konfrontierten die DDR-Bürger mit den vielfältigen Spuren einer ganz anderen deutschen Geschichte, als sie daheim gelehrt wurde. Und Polen wurde zum Mekka kulturinteressierter Ostdeutscher, denn der Kontrast der alles reglementierenden DDR zum kulturell liberalen Polen, in dem so viel Respektlosigkeit und feine Ironie toleriert wurden, war riesig. Neben Polen musste die DDR vielen kleinbürgerlich, spießig und eng erscheinen.

Bald nach der Grenzöffnung setzte von polnischer Seite ein reger Einkaufstourismus ein, der die DDR-Märkte überlastete, die Polen drohten die DDR, zumindest ihre grenznahen Regionen, leer zu kaufen. Viele Konsumgüter waren auf deutscher Seite durch die hohen Subventionierungen viel günstiger, und viele Polen kauften vor allem Schuhe und Textilien in rauen Mengen. Das empfand die DDR-Gesellschaft mit ihrer Mangelwirtschaft schnell als bedrohlich. Es kam zu Animositäten, (Feindseligkeiten, Abneigung) sogar zu Übergriffen. Schnell waren die alten Stereotype wieder da, böse Witze machten die Runde, und der alte deutsche Hochmut Polen gegenüber feierte Auferstehung.

Durch die zahlreichen Wirtschaftskontakte mit der Bundesrepublik und den von westlicher Seite mit großzügigen Krediten verbundenen innerdeutschen Handel zeigte die DDR in den 70er Jahren immer weniger Interesse am Warenaustausch mit Polen. Erst der Sommer 1980 brachte Polen wieder in den Blick der DDR-Führung, mit Argusaugen wurden die dortigen Entwicklungen beobachtet, und die DDR fühlte sich zunehmend von den lockeren Zuständen in Polen bedroht. Mit Beginn der Streiks in Danzig setzte die DDR eine immer stärkere Abschottung ein, fürchteten die dortigen Oberen doch ein Überspringen des Funkens der Revolte, eine Infektion mit dem „ polnischen Bazillus“.

„Im Oktober 1980 warnte Erich Honecker vor den antisozialistischen Kräften in Polen und drohte unverholen mit Maßnahmen zum Schutz seines Landes, außerdem bot er der PZPR seine Unterstützung an. Zum Monatsende

hob die DDR den visafreien Grenzverkehr mit Polen auf. Von nun an brauchten die Polen die Einladung eines DDR-Bürgers, die von der örtlichen Polizeistelle abgestempelt sein musste. Als Grund für diese Maßnahme wurde der Schutz der DDR-Bürger vor antisozialistischen Kräften genannt. Die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Polen wurde genaustens verfolgt und die politische Entwicklung im Nachbarland insgesamt als gefährliche Konterrevolution eingestuft. Auch die neue polnische Regierung unter Stanislaw Kania erschien der DDR-Führung als zu nachgiebig und keineswegs als Herr der Lage.

Die DDR-Aktivitäten in dieser Periode liefen dreigleisig. Die Basis bildete die genaue geheimdienstliche Aufklärung der Lage in Polen, der die Unterstützung linientreuer Dogmatiker und Hilfe bei der Ausschaltung oppositioneller Kräfte folgte. Auch die DDR-Bevölkerung wurde entsprechend von der Propaganda indoktriniert. Wiederum wurden früher schon erfolgreich erprobte Mittel eingesetzt, das Schüren uralter Ressentiments gegen Polen sowie das Verbreiten von antipolnischen Parolen und Witzen. Intern sprach sich Honecker auch für eine Intervention des Warschauer Paktes aus.

Den 13. Dezember, den Tag der Verkündung des Kriegsrechtes in Polen, werde ich nicht vergessen, es war ein ruhiger Sonntag, ich las und führte gemütliche Gespräche, bis irgendwann das Telefon klingelte. „Habt ihr gehört? In Polen ist Kriegszustand, und niemand kommt mehr rein oder raus“, sagte der Berliner Cousin aufgeregt, der kurz zuvor als polnischer Staatsbürger von einem Besuch in Deutschland wie so viele damals nicht mehr nach Polen zurückgekehrt war. Ich schaltete rasch den Fernseher an. Da zeigten sie Jaruzelski bei seiner Ansprache, es stimmte also. Wir wurden von Aufregung gepackt, in die sich Sorge um die Angehörigen mischte, einer war bei der Miliz ((Polizei), andere bei der Solidarnosc. Im Nächsten Beitrag folgten die Bilder des zeitgleichen Besuches von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR. In Güstrow hatte die Stasi ein Potemkinsches Dorf errichtet, und ganze Hundertschaften mimten auffällige Bürger, während die Güstrower Original- Einwohnerschaft in die Wohnungen verbannt war. Ganz Polen verschwand hinter einem Eisernen Vorhang, ohne Möglichkeit eines Kontaktes waren wir von Freunden und Verwandten getrennt, und Honeckers einzige Sorge schien, dass ein Güstrower womöglich mit Schmidt in Kontakt treten oder ein Protestplakat hochhalten könnte.

Eine Frage bewegt die ganze deutsche Journalistenschaft: Was wusste der DDR-Staatschef von den Vorgängen in Polen ? Immer wieder behauptete Schmidt damals und auch später, Honecker habe vorher nicht geahnt, dass das Kriegsrecht in Polen verhängt werden sollte. Persönlich hielt ich es für ausgesprochen unwahrscheinlich, dass ausgerechnet Honecker nicht informiert gewesen sein soll, wo er doch die Lage so argwöhnisch beobachten ließ. Inzwischen konnten Wissenschaftler die DDR-Akten einsehen und bestätigen, dass die Führungsriege, einschließlich Honecker selbst, sehr genau wusste, dass das Kriegsrecht aufgerufen werden sollte. Hätte die Regierung dies damals aber eingeräumt, hätten die Chancen einer deutsch-deutschen Entspannung wohl viel schlechter gestanden. Jedenfalls begrüßte die DDR-Regierung die Einführung des Kriegsrechtes ausdrücklich, erwartete hartes durchgreifen und bot auch hierfür ihre brüderliche Hilfe an. Erst ab 1982 kam es wieder zu nennenswerten offiziellen Kontakten zwischen Polen und DDR, mit regelmäßigen Begegnungen der politischen Spitzen, auch die gesellschaftlichen Kontakte wurden wieder verstärkt angeregt. Vor allem der Jugendaustausch blühte ab Mitte der 80er Jahre noch einmal auf. Der normale Reiseverkehr war jedoch deutlich beschränkt. Bis 1991 konnten DDR-Bürger und Polen das jeweilige Nachbarland nur mit persönlicher Einladung oder mit Visum besuchen. Um den Ausverkauf der ostdeutschen Läden zu verhindern, wurden außerdem schärfere Zollbestimmungen eingeführt.

Die politische Lage innerhalb der Nachbarländer begann sich in den 80er Jahren immer weiter auseinander zu entwickeln. Zu dieser Zeit traten auch Friedens- und Umweltgruppen aus der DDR verstärkt in den Dialog mit polnischen Initiativen. Polen besaß ein gut strukturiertes Netz an Oppositions- und Widerstandsorganisationen vom Komitee zur Verteidigung der Arbeiter über die Solidarnosc bis hin zu ökologischen und kirchlichen Gruppen, hinter denen die Mehrheit des polnischen Volkes stand.

Immer mehr grenzüberschreitende Diskussionen über die Möglichkeiten einer deutsch-polnischen Aussöhnung kamen in Gang. Der Blick weitete sich. Beiderseits von Oder und Neiße erkannten oppositionelle Gruppen die europäische Perspektive. Für die Polen wurde die DDR in den 80er Jahren zunehmend zum Transitland. Nachdem es als Einkaufsland weggefallen war. Der friedliche Wandel in Polen des Jahres 1989 blieb auch für die Revolution in der DDR nicht ohne Folgen, denn die Tatsache, dass die Wende in Polen von der Sowjetunion toleriert worden war, hatte die gesamte politische Lage im östlichen Mitteleuropa verändert. Ein Einmarsch des Warschauer Paktes war nicht mehr zu erwarten, die DDR-Führung blieb letztlich bei der Lösung der inneren Probleme auch sich gestellt. „

„Trotz der vielen Kontakte konnten auch in der DDR bei passender Gelegenheit die alten Vorurteile gegen die Polen bis weit in die 80er Jahre immer wieder neu belebt werden. Erschwerend wirkte, dass die DDR-Bürger nach Öffnung ihrer Grenzen 1972 die Polen als unliebsame Konkurrenten um die Mangelwaren sahen. Da die Freundschaft mit den sozialistischen „Brudervolk“ von oben verordnet war, konnte sie genauso gut von oben wieder verboten werden, konstatierte Ludwig Mehlhorn. Für Polen wirkte die DDR der eigenen Westgrenze. So ganz konnten sich die östlichen Nachbarn aber mit dem Vorhandensein zweier deutscher Staaten nicht anfreunden, diese Situation erschien gerade den Polen mit ihrem ausgeprägten Nationalbewusstsein als fragwürdig.

Problematisch für Begegnungen mit DDR-Bürgern war von Anfang an, dass der Krieg und die Nazizeit Tabuthemen waren. Der polnische Schriftsteller Andrezej Szczypiorski brachte es auf den Punkt: „In der DDR hatte die Vergangenheitsbewältigung gemeinschaftlichen Charakter. Sie wurde vom Staat gelenkt und war entsprechend ideologischer Prinzipien entworfen worden. Vom Standpunkt des Individuums war dies die einfachere Gewissenserforschung. Sie erforderte kaum Nachdenken über Moral, nur Disziplin und Unterordnung. In der Bundesrepublik war es das moralische Problem des einzelnen Deutschen, in der DDR ein politisches gesellschaftliches Problem. Kein DDR-Bürger war dazu verpflichtet, sich über die deutsche Vergangenheit Gedanken zu machen. So ist es kein Wunder, dass offiziell zwar viel über Freundschaft mit dem Brudervolk geredet wurde, nicht aber über Versöhnung. Wo alter Hass und Vorurteile nicht aufgearbeitet wurden, konnte es zu keiner wirklichen Annäherung kommen.

Als nach der Grenzöffnung von 1972 jährlich um die sechs Millionen Polen in die DDR strömten, erfuhren sie die Ablehnung seitens der DDR-Gesellschaft. Und sie nahmen nun an ihren Nachbarn westlich der Oder plötzlich auch angeblich typisch preußische Züge wahr: Überheblichkeit und einen an Obrigkeitshörigkeit grenzenden Mangel an Zivilcourage, gepaart mit kleinkariertem Perfektionismus. Diese Eigenschaften entsprachen den alten Vorurteilen, man suchte und fand sie auf beiden Seiten der Grenzflüsse gleichermaßen. Auch den Polen konnte deshalb nicht gelingen, hinter die Fassade sozialistischer Propaganda und auf die Menschen zu schauen.

„Rote Preußen“ wurden die Nachbarn in der DDR nun oft genannt, und manchmal auch geringschätzig -Dedeerow, DDRler. Zwar beneidete man die Menschen westlich der Oder um ihren Lebensstandard, das Land aber und die Gesellschaftsordnung mochten die Polen nicht: Als langweilig und überangepasst empfanden die meisten die DDR, ein Land im sozialistischen Gleichschritt.

Nach den politischen Umwälzungen von 1989 hat sich statistisch gesehen der interkulturelle Kontakt inzwischen ausgeweitet: Allein in Frankfurt gibt es täglich um die 40 000 Grenzübertritte. Nicht wenige Kaufhäuser und Supermärkte in den deutschen Grenzstädten machen die Hälfte ihres Umsatzes mit Kunden aus Polen. Doch auch auf polnischer Seite hatte nicht plötzlich eine bisher unerfüllte Liebe zu den „roten Preußen“ entdeckt, und zu dem alten Negativbild gesellte sich in den letzten Jahren die Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen. Trotzdem empfinden die Menschen die deutschen Nachbarn nicht als Bedrohung, sondern sehen sie ganz pragmatisch als Geschäftspartner und Kunden. Wenn dies auch keineswegs als Zuneigung betrachtet werden kann, so geht die polnische Aufgeschlossenheit doch einen Schritt vorwärts auf dem Weg zu einer Normalisierung.“

**Quelle und Autor:** Titel: „Polen“ Eine Nachbarschaftskunde- von Brigitte Jäger-Dabek Bonn 2006 ISBN 978-3-89331-747-3 Ch.Links Verlag, und bpb.de Schriftenreihe Band 431 , zusammengestellt für politische Bildung zum Zwecke der Aufarbeitung zu den Themen: Polen und die DDR von sed-opfer-hilfe.de, Auszüge aus Seiten 54-60 auszugsweise, 103-113, 114/5 auszugsweise;

<http://www.amazon.de/Polen-Eine-Nachbarschaftskunde-f%C3%BCr-Deutsche/dp/3861533073>

<http://www.bpb.de/publikationen/7B024U,0,0,Polen.html>